

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

67. Sitzung

Berlin, Freitag, den 17. Oktober 2003

Tagesordnungspunkt 22:

Unterrichtung durch die Bundesregierung: **Bericht der Bundesregierung über die Erfahrungen bei der Umsetzung des „Vertrages zur Kulturfinanzierung in der Bundeshauptstadt 2001–2004“ sowie zur künftigen Förderung der Kultur in der Bundesstadt Bonn** (Drucksache 14/9677)
5810 :

in Verbindung mit

Zusatztagesordnungspunkt 5:

Antrag der Abgeordneten Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Rainer Brüderle, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP: **Transparenz für den Hauptstadtkulturfonds** (Drucksache 15/1708)
5810 :

Petra Pau (fraktionslos):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Deutsche Nationalstiftung hat dieser Tage eine Frage aufgegriffen, die seit 1990 einer Antwort harret: „Berlin – was ist uns die Hauptstadt wert?“ Die Fragestellung ist sogar noch verkürzt; denn sie zielt so gestellt recht schnell auf das Geld.

Die PDS hatte schon vor Jahren vorgeschlagen, erst einmal die Sinnfrage in den Vordergrund zu stellen: „Was soll eine deutsche Hauptstadt im 21. Jahrhundert und im föderalen System?“ Aus den möglichen Antworten wäre dann die Frage abzuleiten, was die Hauptstadt dem Bund und den anderen Bundesländern wert sein muss.

Diese Denk- und Diskussionsaufgabe steht aber noch an. Wenn ich höre, dass sich die gestern gebildete gemeinsame Föderalismuskommission des Bundestages und des Bundesrates damit befassen will, dann sage ich: Das ist gut, aber auch noch zu kurz gegriffen. Denn es geht nicht nur um politische Aspekte, sondern zugleich auch um philosophische, wissenschaftliche, internationale und natürlich auch um kulturelle Aspekte.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Frau Kollegin Pau, erlauben Sie eine Zwischenfrage Ihrer Kollegin Frau Dr. Löttsch? – Frau Dr. Löttsch, bitte schön.

Dr. Gesine Löttsch (fraktionslos):

Vielen Dank, Herr Präsident. – Frau Kollegin, Sie sind mit mir sicher einer Meinung, dass diese Debatte des besonderen Engagements der Berliner Abgeordneten bedarf, die schließlich von Menschen dieser Stadt gewählt worden sind. Wie bewerten Sie in Anbetracht der Abwesenheit der Berliner Abgeordneten der FDP und in Anbetracht des Verzichts der Fraktion der Grünen auf einen Redebeitrag das Engagement der Kollegen in dieser Frage?

(Horst Kubatschka [SPD]: Ich bin wie
Kennedy: Ich bin ein Berliner!)

Petra Pau (fraktionslos):

Schön, dass es in dieser Runde bekennende Berliner gibt, die zugezogen sind.

Es ist traurig, dass wir als Berliner Abgeordnete es in den letzten Jahren nicht geschafft haben, über die Grenzen der Fraktionen und Gruppierungen hinweg unter unseren Kollegen mehr für Berlin zu werben. Insbesondere ist es traurig, dass die FDP-Fraktion bei vielen dieser Debatten, die mit Berlin an sich, mit der Zukunft der Hauptstadt und mit den Sinnfragen, die ich eben angesprochen habe, zu tun haben, nur über das Schloss redet oder darüber, wie man etwas besser kontrollieren kann. Und heute ist Herr Rexrodt noch nicht einmal anwesend. Ich komme im Folgenden aber noch auf den FDP-Antrag zu sprechen, der hier vorgestellt wurde und der jetzt verhandelt wird.

Unabhängig von all dem, was schon gesagt wurde, ist offensichtlich, dass die Berliner Kulturlandschaft städtische Aufgaben erfüllt, darüber hinaus aber auch hauptstädtische und nationale. Deshalb ist es richtig, dass Berlin unterstützt wird, zum Beispiel über die **Hauptstadtkulturförderung**. Mit dem Hauptstadtkulturvertrag hat das Engagement des Bundes in Berlin an Profil und Klarheit gewonnen. Das begrüßt die PDS im Bundestag ausdrücklich. Wir begrüßen auch, dass sich das Engagement des Bundes nicht nur auf große und repräsentative Einrichtungen beschränkt, sondern auch das zweite Standbein einer lebendigen und kreativen Kultur im Blick hat, nämlich die so genannte freie Szene. Auch das sollte so bleiben.

Deshalb lesen wir Ihren Antrag, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, nicht ganz ohne Argwohn. Sie wollen den Einfluss des Bundestages auf die Verwendung der Kulturförderung erhöhen. Sie wollen in höherem Maße kontrollieren und entscheiden können, ob die Mittel auch sinngerecht verwendet werden.

(Jörg van Essen [FDP]: Was bitter notwendig ist!)

Das klingt erst einmal logisch, getreu dem Motto: Wer die Musik bezahlt, entscheidet, was gespielt wird. Beim zweiten Hinhören klingt es ein wenig misstrauisch, sowohl gegenüber Berlin wie auch gegenüber der Kulturstatsministerin. Das eigentliche Problem ist aber viel grundsätzlicher: Sie wollen den inhaltlichen Einfluss des Staates und der Politik gegenüber kulturellen Projekten und auf die kulturelle Entwicklung erhöhen. Das halte ich für falsch und für gefährlich und wundere mich, dass ein solches Ansinnen von einer Partei kommt, die sich liberal nennt und auf anderen Gebieten liberale Ansichten sehr wohl vertritt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg.
Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Damit bin ich bei einem letzten Problem. Der Hauptstadtkulturfonds ist beschränkt, auch weil der Hauptstadtkulturvertrag befristet ist. Eine systematische Klärung, was gesamtstaatliche oder hauptstädtische Verpflichtungen des Bundes in Berlin sind, muss aber grundsätzlich sein. Sie verträgt keine Vorläufigkeit und auch keine Rückzugsoptionen, die im Übrigen in Ihrem Antrag wieder auftauchen.

Wer Berlin besucht, der weiß, welche kulturellen Schätze es hier gibt, wie zum Beispiel das Weltkulturerbe Museumsinsel. Ich finde, auch das ist eine Bundesaufgabe. Dem müssen wir uns miteinander langfristig und verlässlich stellen.

(Horst Kubatschka [SPD]: Beides geschieht!)

Kurzum: Das Programm ist fortzuführen und nach Möglichkeit auszubauen. Das sagt die PDS im Bundestag.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])